

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Berlin SW 49, Wilhelmstr. 114 II. Fernspr.: Amt Kurfürst 3334 u. 3335. Expedition: Berlin SW 68, Friedrichstr. 217 II. Fernspr.: Amt Lübeck 5785. Nach-Auslieferung: Mäderstr. 144, Erdgeschoss (am Anhalter Bahnhof).

Schriftleitung:
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementpreis für Inland monatlich 1.50 M.
Ausland monatlich 3.00 M.
Traeigenpreis: die 7 gehaltene Nonpareille-Zeile 75 Pf.
Kleine Anzeigen: Ueberschriftenwort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.

Ronstituierung der Kommunistischen Partei.

Die Ebert-Regierung für Krieg gegen Polen.

Breslau, 30. Dezember. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses für Schlesien, die sich mit der Tschechoslowakischen Frage beschäftigte, gab der Volksbeauftragte Landesverteidigung der Reichsregierung die Erklärung ab, daß die Regierung nicht gewillt sei, vor irgendeiner Rückzession, die etwa vor dem Friedenskongress eintrete, das zu Deutschland gehöre, wegzunehmen gewillt sei, zu kapitulieren, so lange sie die Macht zum Widerstande habe. Die deutsche Ehre sei der Regierung heilig, deutsches Land lasse sie sich nicht nehmen, sie werde allen Übergriffen mit allen Mitteln entgegentreten. Kein Volk habe, nachdem der Beschlußland geschlossen sei, das Recht, den Krieg fortzuführen und beim Friedenskongress vorzugreifen.

Das Polizeipräsidium und die Besetzung des „Vorwärts“.

Der Polizeipräsident erachtet uns um Verbreitung nochstehender Meldung:

Berlin, 30. Dezember 1918. In einer bürgerlich-sozialdemokratischen Demonstrationsermahnung, die gestern (Samstag) auf dem Königsplatz stattgefunden hat, hat der Redakteur der Internationalen Korrespondenz, Herr Ernst Heilmann u. a. gelagert: „Wenn der Polizeipräsident auf unsere Anfrage, wer die Revolution des „Vorwärts“ gestartet habe, antwortete: wir haben den Vorwärts besetzt!, so hat er sich selbst das Urteil geprägt. Gott mit diesem Mann! Wir verlangen von der Regierung, daß für die Sicherheit der Berliner Bevölkerung ein Mann wird, der über den Parteien steht!“ Die Angaben des Vorsitzenden Heilmann über meine Stellung zur Wehrkraft des „Vorwärts“ sind falsch. Diese Anfrage stellte mir Herr Heilmann mit der Bitte, Antwort auf Charlottenburger Sicherheitsdienst zu geben. Ich habe eine solche Antwort schon vorbereitet nicht geben können, weil ich allein es gewesen bin, der die Stundenlangen Bemühungen am Abend des 1. Weihnachtsfestes dafür geführt hat, daß die Belegung des „Vorwärts“ aufgehoben und die Tore des von Unterdrückten geräumt werden. Ein Mann, der wie ich die Freiheit kennt, unter denen der „Vorwärts“ dem Einfluss der Berliner sozialdemokratischen Organisation entzogen wurde, ist größere Objektivität wozu nicht zu verlangen.

ges. Eichhorn.

Die vollständige Demobilisation.

Braunschweig, 30. Dezember. Das Amtshaus öffnete gestern ein Befehl, nach dem mit der vollkommenen Auflösung sämtlicher im Braunschweiger Lande garnierenden Truppenteile und Verbänden befreit wird, ausließlich der Bezirkskommandos. An Stelle des liegenden Heeres tritt nach der vollständigen Demobilisation die freie Volkswehr. Die Anordnungen des 10. Armeekorps sind für Braunschweig nicht maßgebend.

Ein Protest der russischen Partei gegen die Wiederbelebung der zweiten Internationale.

Das Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei in Petersburg veröffentlicht einen langen Protest gegen den von der englischen Partei angeregten Zusammenschluß der Internationale in Boulogne. Die Erklärung weist mit Recht darauf hin, daß die Internationale im August 1914 kampflos zusammengebrochen ist, als die, die sich jetzt wieder zusammensetzen wollen, die Sägen der Imperialisten jedes Landes abgeschwungen sind. Die Wiederbelebung der alten Internationale durch die Sozialpatrioten würde nur bewirken, daß die Waffen dauernd von der Militärdiktatur der bürgerlichen Regierungen abhängig blieben. Die Zusammenfügung der Arbeitsparteien ist während des Krieges eine ganz andere als vordem geworden. Parteien, die bisher als nicht sozialistisch ausgeschlossen waren, werden zugelassen werden, so Komintern aus den Vereinigten Staaten, so die italienischen Reformisten. Schon beginnt der „Vorwärts“ diese Internationale schon zu verjähren, so die Sozialpatrioten der Entwicklung, die während des Krieges lediglich in den Himmel hoben, mit Sicherheit nicht! Die russische Partei will sich daher an dem Kongreß nicht beteiligen. Für sie kommt es darauf an, die zweite Internationale der überzeugten Sozialisten zu schaffen, die kein Traum mehr ist, sondern lebendige Wirklichkeit.

Genossen!

Wolle Ihr „Die Rote Fahne“ weiterlesen, geht sofort zu Eurem Postamt und erneuert das Abonnement per Januar oder 1. Quartal 1919. Sagt den Beamten bei der Bestellung, „Die Rote Fahne“ ist im ersten Nachtrag der Zeitungsspreisliste eingetragen.

„Die Rote Fahne.“

Der Berliner Soldatenrat.

Die neueste Phase der Revolution wird gekennzeichnet durch einen tiefgreifenden Wandel, der in der Stellung der Berliner Soldaten zu den revolutionären Ereignissen eingetreten ist. Der Ausbruch vom 9. November war zunächst nur eine mehr instinktive Revolte gegen den Krieg, den Drill, die Kaserne und den Kadaverhorizont. Mit dem Erscheinen der Deputation der Gardebrigade im Rätekongress haben die Soldaten zum erstenmal bewußt eigene revolutionäre Forderungen aufgestellt. Ihre Weigerung, sich an dem Weihnachtsfeiertag gegen die Matrosen zu beteiligen, hat das Einbrechen der Berliner Arbeiter ermöglicht und damit eine Niederlage der Revolution in Berlin verhindert.

Diese Wandlung ist ohne Zutun, ja über den Kopf des Berliner Soldatenrats erfolgt. Dieser Soldatenrat hat sich in den ersten Wochen nach der Revolution, wohl ohne Wissen vieler seiner Mitglieder, für alle möglichen gegenrevolutionären Zwecke missbrauchen lassen. Er ist den Einflüssen der zahlreichen in Berlin siedenden militärischen Kommandostellen und ihrer Helfershelfer, der Mehrheitssozialisten, erlegen, die es sich angelegen sein ließen, alle revolutionären Bestrebungen mit einem sozialistischen Mantelchen zu behängen. So waren es die Berliner Soldatenräte, die die vom Volksrat betriebs angeordnete Bildung einer roten Garde verhinderten. Sie haben, jede Bedeutung gegen das Rätekongress, noch im Stunde gegen diesen erschossen und ihren eigenen Einfluss völlig ausgeschaltet, indem sie der heile der Regierung gegen den Volksrat nicht entgegengestellt sind. Die Warnungen des Volksrats, ja selbst einzelner Mitglieder des Soldatenrats, daß mit General Eichhorn die Gegenrevolution bewaffnet in Berlin eindringen, hat der Soldatenrat in den Wind geslagen. Nach dem von Eichhorn veranlaßten Putsch vom 6. Dezember blieb der Soldatenrat stumm. Er hatte den Zusammenhang mit der Revolution völlig verloren. Inzwischen aber waren die Soldatenmassen, durch die Ereignisse selbst belebt, mit ihr schon wieder zusammengegangen.

Es war der Einzug eben dieser Armee Equis, das Erscheinens amahkender Frontsöldner, das Wiederauftauchen der beleidigten Garnisonsgesetzten, das Wollen gegen die Soldatenräte der einzelnen Truppenteile, was die Soldatenmassen zwang, über den Groß-Berliner Soldatenrat hinweg zur Selbsthilfe zu greifen, sollten nicht alle Errungenheiten der Revolution ihnen verloren gehen und die alte Kommandogewalt weiter bestätigt werden. So bildete zur Durchsetzung der Soldatenforderungen sich ganz spontan jene Vereinigung von 21 Gardebrigaden, deren Abordnung im Rätekongress die Furcht und den Schrecken der Mehrheitssozialisten erregt, aber im ersten Anlauf nur wenig erreicht hat.

Durch den Weihnachtsputsch nun, die Niederlage der Gegenrevolution, ist eine ganz neue Situation für Berlin eingetreten. Es gilt jetzt, die Revolution mit aller Macht zu sichern, damit noch größere, blutigere Kämpfe verhindert werden. Jetzt kommt es vor allem darauf an, daß der Soldatenrat seiner Aufgabe für die nächste Zukunft gewachsen ist. Die hohe und schöne Aufgabe jeder revolutionären Organisation ist es, selbst im lebendigen Fluss der Ereignisse stehend, von ihrer Richtung und Ziel zu empfangen, und gleichzeitig durch die bewußte Gestaltung der revolutionären Massenbewegung diese Ziele zur klaren Erkenntnis jedes Einzelnen zu bringen. Dazu ist die Herstellung des engsten Zusammenhangs zwischen Soldatenrat und Truppen erforderlich. Ob dies dadurch geschieht, daß jene Vereinigung der

21 Regimenter noch Beitritt der noch schlenden sich an Stelle des bisher bestehenden Soldatenrates leistet, oder ob die Soldaten diejenigen der Delegierten, die mit den Ereignissen nicht mitgegangen sind, durch andere ersetzen, oder ob irgend ein anderer Weg eingeschlagen wird, ist gleichgültig, wenn nur das Ziel erreicht wird: den Groß-Berliner Soldatenrat als den zutreffenden Ausdruck der jetzt bei den Berliner Truppen erreichten Höhe des revolutionären Bewußtseins erscheinen zu lassen.

Wird dies durchgesetzt, — und das wird durchgesetzt werden, liegt allein an der Kraft der Truppen selbst, — so sind die einzelnen Aufgaben, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben, leicht zu lösen.

Die wichtigste sofort zu erfüllende Forderung ist: Übergabe der ganzen Kommandogewalt für Groß-Berlin an den Soldatenrat. Der Rätekongress freilich hat dieses Verlangen der Soldatenräte zunächst gemacht. Statt der revolutionären klaren Forderung der Soldaten, ihnen die volle Macht zu geben, hat er nur neue Fiktionen, und damit neue Streitigkeiten geschaffen. Und worum sollts der Berliner Soldatenrat für sich nicht das durchsetzen können, was in anderen Städten schon längst erfolgt ist? So denkt der Leipzig Soldatenrat nicht daran, auf Beschuß des Rätekongresses die politische Macht und Kommandogewalt, die er in seinen Händen hat, abzugeben. In Hamburg, in Braunschweig hat der Soldatenrat die Kommandogewalt. In Braunschweig demonstriert er für Regenzeit zu den überwundenen Kommandostellen die jungen Soldaten. In Bremen bildet er zum Schutz der Revolution eine rote Garde.

Wegen Hindenburg-Groener, mag der neue Zentralrat der Scheidemänner im Verein mit Ebert versuchen, die Durchführung selbst der beschiedenen Beschlüsse zu verhindern: seit dem 24. Dezember ist die Lage geklärt. Der Soldatenrat kann heute, trotz mancher noch vorhandenen Unstechen und Schwankungen, wie sie im letzten Beschuß der Republikanischen Soldatenrath noch zum Ausdruck kommen, gefügt auf das Vertrauen der Truppen, Kraft des Rechtes der Revolution, die Ausübung des Kommandogewalt in die Hand nehmen, er hat die Macht, sie zu behaupten. Hindenburg und seine Gefolgschaft werden, tritt der Soldatenrat mit entschlossen auf, bald Offizierte ohne Soldaten sein.

Besitz aber der Soldatenrat erst wirklich die Kommandogewalt, so ergibt sich damit von selbst, was zu tun ist: daß die Feststellung des neuen Kommandanten von Berlin an Stelle des Eichhorn durch die Wahl des Soldatenrats erfolgen kann, haben die Mäte bereits beschlossen. Eine Beleidigung der Wahl durch das Kriegsministerium oder andere Instanzen muß abgelehnt werden. Besser freilich wäre es, wenn der Soldatenrat, auf die Ernennung eines Kommandanten verzichtend, einer aus seinen Mitgliedern gewählten Kommission die Kommandanturgeschäfte übertragen würde. Es würde dann diese Stelle, die, wie die Ereignisse zeigen haben, für die Sicherung der Revolution in Berlin äußerst wichtig ist, selbst in der Hand haben. Damit wäre auch zufrieden dokumentiert, daß der Soldatenrat die Kommandogewalt übernommen hat. Zur Ausübung dieser Gewalt gehört weiter die Entwaffnung der Berliner Offiziere, die Durchführung der Demobilisierung in Berlin durch den Soldatenrat, einschließlich der Entwaffnung der gegenrevolutionären Armees des Generals Equis. Alle Berlin betreffenden Anordnungen des Kriegsministeriums oder des Generalkommandos können, solange diese überflüssigen Behörden noch bestehen, selbstverständlich nur durch den Soldatenrat und nach seiner Zustimmung ausgeführt werden.

Diese offizielle Gewalt in der Hauptstadt ist gleichzeitig die Grundlage für die Bildung des Zentralsoldatenrates, der nach der Forderung der Soldatenräte die Kommandogewalt für das ganze Reich ausüben sollte. Die Marine ist hier mit ihrem überwältigend beispielgebend vorgegangen.

Von der Energie, der Entschlusskraft der Berliner Garde und ihrer gewählten Vertreter allein hängt es ab, ob sie sich in den wirklichen Besitz der Macht setzen. Auf Dekrete von oben kann die Revolution nicht warten, sie muß sich ihr Recht selbst erkämpfen. Elle lui moi. Doch ist die Armee Equis nicht entmachtet. Der 24. Dezember hat die alte Erfahrung in der Revolution bestätigt, daß allein Mangel an Erfahrung

Die Trennung der revolutionären Kämpfergruppen. Zu viele ein Kämpfergruppe führen. Würde die Soldatenkameraden am 17. Dezember die Wünsche ihrer Forderungen im Abstimmung erfüllen und sie sofort in die Tat umgesetzt, das Blut der Metropolen, der wohngeliebten Soldaten wäre wohl nicht geslossen. Mögen die Soldatenräte aus dieser Erfahrung lernen und nun mit Entschlossenheit handeln.

Der 24. Dezember brachte zum zweitenmal die Versammlung der Arbeiter und Soldaten. Die Worte hat beweist die Würde der Solidarität vor. Nun sollen die Soldatenräte auch darüber zum Nachdruck bringen, dass sie zu den Arbeitern gehören, indem sie sich mit dem Arbeiterrat zu gemeinsamer Stellung vereinigen. Der am letzten Sonntag vom Soldatenrat geprägte Beschluss, Anerkennungen zu den Sitzungen des Arbeiterrats zu entsenden, ist durch den Sturzlauf der Revolu-

tion schon überholst. Die Kanonen Eberts haben die Arbeiter und Soldaten Berlin zu einem eisernen Blod zusammengezogen. An ihm werden alle neuen Anklage der Gegenrevolution scheitern. Bleiben Soldaten und Arbeiter geeint, vereinigen sie sich zu gemeinsamer Tat in ihren gewählten Vertretungen, dann wird die Revolution leben.

E. Ludwig.

Die Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Gestern vormittag ein halb zehn Uhr wurde die erste öffentliche Sitzung der Reichskonferenz des Spartakusbundes eröffnet. Vorhergegangen war ihr am Sonntag eine nicht öffentliche Sitzung, die zum Beschluss der Trennung von der U. S. P. und der Konstituierung als selbständige Partei — mit allen gegen 3 Stimmen — geführt hatte.

Die Konferenz war von rund hundert Delegierten besichtigt. Den Vorsitz führten die Genossen Pieck (Berlin) und Walder (Stuttgart). Tagungszeit ist von 9—1 und von 8 bis 7 Uhr.

Genosse Ernst Meissner begrüßte die Konferenz, indem er, an der Schwelle des neuen Abschnittes der Parteidynamik einen kurzen Rückblick auf den bisherigen Entwicklungsgang der Partei wort, eine Geschichte, die bisher größtenteils nicht öffentlich sein konnte. Er schätzte die Gruppen der Parteidynamik vom 1. Kriegstag ab, der zugleich ihr Geburtsstift war, ihren ersten Akt: den Protestsbrief der Genossen Liebknecht, August, Mehring, Bebel. Weiter, die ersten Flugblätter im Winter 1914/15, die ersten mit Spartakus unterschriebenen Flugblätter im Frühjahr 1916, die parlamentarische Aktion Liebknecht und Rühl. Ein wichtiger Abschnitt war die Neujahrskonferenz 1916, in der die Vektörchen angenommen wurden, die in der Januarausgabe abgedruckt sind. Ihr Ziel war die starke Schädigung von den Mehrheitssozialisten. Mit der Beitragssperre trieb der Spartakusbund einen scharfen Teil in die alte Partei. Weiter kam die Konzentration von Gottschalch, die Konstituierung der U. S. P. Die Zentrale hat den Eindruck, dass diese Arbeitsgemeinschaft nicht von Schaden gewesen ist, solange sie gelebt hat, dass sie unserer prinzipiellen Klarheit nicht geschadet hat. Die Zentrale hat ihre Tätigkeiten immer in erster Linie auf die Wirkung auf die Massen eingestellt. Sie hat großen Einfluss auf die Strömung, das Areal und die Aktivität der Massen ausübt.

Die Konferenz beschloss, an die Genossen Mehring und Bebel, die treuen Berater und Kämpfer des Spartakusbundes von seiner Entstehung ab, Begrüßungstelegramm zu senden.

Die Krise in der U. S. P.

Das Referat darüber erstattete Genosse Liebknecht. Er gab einen Rückblick auf die Entwicklung der U. S. P. Sie ist entstanden im Laufe der Zersetzung der alten Sozialdemokratie, die längst vor dem Kriege eingegangen hatte, durch den Krieg beschleunigt wurde und jetzt noch nicht ihren Abschluss gefunden hat. Die U. S. P. ist in vielen Beziehungen ein Gelegenheitsprodukt des Krieges. Sie entstand von vornherein die verdecktesten Elemente. Sie war zunächst parlamentarisch Produkt, entstanden aus der „Arbeitsgemeinschaft“ im Reichstag. Erst nach einem Jahr gelang es endlich, die Mehrheit der Fraktionen auf eine bestimmte oppositionelle Basis zu bringen. Die Spaltung von den Regierungssocialisten erfolgte am 16. März 1916, aber ihr war vorangegangen schon eine andere, eine prinzipielle Spaltung: der Ausschluss Liebknechtes und Rühl aus der Fraktion. Die selbständige Konstituierung der Partei erfolgte erst 1917. Die Art des parlamentarischen Kampfes der U. S. P. war keineswegs klarer Klassepolitik, sondern ständig hin und her schwierig; sie hatte weder theoretisch klare Grundsätze noch ein Aktionsprogramm. Sie konnte beides nicht haben, denn ein solcher Versuch hätte sofort zu einer Spaltung innerhalb der Partei geführt, deren rechter Flügel Revisionisten relativ Wassers wie Bebenstein bildeten. Die Partei war aber damals das relativ Errötlteste, und es unserer Richtung unumgänglich wurde, mit allem Nachdruck in der Öffentlichkeit zu wirken. Die Politik der U. S. P. bewegte sich ganz in den ausgebreiteten parlamentarischen Bahnen. Sie in dieser Schwere einzige mögliche Politik, die antiparlamentarische, auf die Massenaktion gerichtete, wurde abgewehrt. Daher das klägliche Versagen in der Kriegspolitik, bei der Massenmeute et cetera. Dem entsprechend auch die außerparlamentarische Politik der Partei. Ihre Kennzeichen ist die mechanisch-beständige Auslösung der Revolution, die auch bei ihrer Beteiligung an der Vorbereitung dazu zu tun hat. All das hat und nicht überrascht. Wenn wir trocken in Gottschalch und der U. S. P. entschlossen, so, weil wir uns vollkommen Aktionsfreiheit vorbehalten halten. Wir hören den U. S. P. entgegen, um sie voranzutreiben, um sie in der Reichswelt unserer Peitsche zu haben, um die besten Elemente aus ihr herauszuholen. Es war eine Sisyphusarbeit schwierigster Art. Wohl höhen wir die führt nicht genommen, aber starke Teile der Massen.

Galt der November-Revolution hat sich die Prinzipienlosigkeit der U. S. P. gesteigert bis zu einem Grade, der uns vor die Entscheidung stellt, wie wir unser fünfzigiges Verhältnis zu ihr einrichten sollen. Es erfolgte der Eintritt ins Kabinett, obwohl schon am 1. November die Mehrheitssozialisten eine klare revolutionäre Politik ablehnten. Zwei Funktionen hatten die Mitglieder der U. S. P. im Scheidemann-Kabinett: erstens: sie waren das Zeugenblatt für die Ebert-Scheidemann, und sie wurden damit auch das Zeugenblatt für die Befreiung, deren Ziel die Wiederherstellung und Erhaltung der kapitalistischen Massenherrschaft ist, durch Huldigung und offene Mithilfe misslich gemacht. Sie haben die Voraussetzungen für ein rapides Anwachsen der gegenrevolutionären Mächte geschaffen und in verdecktester Weise dazu beigetragen, die revolutionäre Kraft der Arbeiter zu schwächen.

Sie haben damit auch die Widerantwortung für die kriegerischen Aktionen am 23. und 24. Dezember auf sich geladen. Der jetzige erzwungene Rücktritt ihrer Mitglieder aus der Regierung ist nicht geeignet, die U. S. P. zu entlassen und zu rehabilitieren. Noch weniger vermag dieser verdeckte Akt für die Zukunft eine Würde vor der bisherigen Politik der Großdiktatur und Schwäche zu gewährleisten, die vielmehr auch gerade diesem Akt den charakteristischen Stampf angedeutet. Die offizielle Politik der U. S. P. hat zur Folge gehabt, dass die Mitglieder der U. S. P. in immer größerem Maße sich für

Streikbewegung herumgeschlichen, zw. „Beruhigung“ der Arbeit. Das geschah mit Willkür aller Mitglieder des Kabinetts. Eine Gruppe auf diesem Wege sind die Belassung der alten Bürokratie in ihren Funktionen, die Wiederherstellung der Kommandogewalt der Offiziere. Nichts wurde dagegen getan von den Haaren und Geissen. Dann die Voraussetzung vom 6. Dezember, deren Maßnahmen wenn nicht Organisatoren der Ebert-Scheidemann waren. Die revolutionären Beschlüsse des Rates Kongresses erfolgten unter Mitwirkung der U. S. P. Kabinettmitglieder. Die große Mehrheit der Führer der U. S. P. propagierte die Nationalsozialismus und kämpfte das Räteystem. Dieser Hochverrat an der Revolution wurde vollendet auf dem Kabinettsitz. Die Forderung eines Parteitages, um die Masse der Parteidynamik entscheiden zu lassen, wurde abgelehnt. Diese ganze Politik führte zur Verwertung in den Arbeiter- und Soldatenmassen. Dadurch und durch Unterstützung der tollen Hebe gegen den Spartakusbund haben die Führer der U. S. P. die Voraussetzung mitgeschafft für die rapide Entwicklung der gegenrevolutionären Wachstum, die den Untergang des 6. wie des 24. Dezember bilden. Nach der Blutschlacht dafür fällt mit auf ihr Haupt. Sie haben nichts gewusst. Sie müssen wissen, was die Ebert-Scheidemann jährling waren. Sie trugen die Verantwortung, so lange sie in der Regierung waren. Wir wollten das Urteil der Mitglieder der U. S. P. über die kompromittierten Führer provozieren. Sowohl diese Forderung der revolutionären Obleute, wie unser Ultimatum vom 22. Dezember, das einen Parteitag forderte, wurden abgelehnt.

Damit sind wir vor eine Lage gestellt, in der es gilt, eine klare Entscheidung zu treffen.

Jetzt ist die Frage, ob durch den Regierungsauftritt Haase usw. eine neue Lage geschaffen ist. Die „Freiheit“ bringt die Sache heute unter der charakteristischen Überschrift: „Gerauschaubring.“ Sie wären also gern im Kabinett geblieben. Dies Verhalten verdeutlicht, dass sie heute noch genau dieselben sind, wie früher. Ihre Prinzipienlosigkeit und Aktionsunsicherheit ist bestimmt durch ihre Absonderung und ihre Vergangenheit; das Urteil darüber ist nicht abhängig von einem einzelnen politischen Akt: der Zerlegungspolitik der U. S. P. schreibt auch in den Massen fort. Die Mitgliedschaften gehen bloss bei den Wählern mit den Mehrheitssozialisten zusammen und verschmelzen sich organisch mit ihnen, nach Bernsteins Vorgang. Im Grunde ist die U. S. P. tot und in der Verwaltung. Der Auftritt der Haase usw. aus dem Kabinett ist nur ein missglückter Versuch, den Leichnam wieder zu beleben. Ein weiteres Verbleiben in der U. S. P. wäre Solidarisierung mit der Gegenrevolution. Die Trennung von ihr ist geboten durch die Kreise zur Revolution. Keine Solidarität ist mehr möglich mit Haase-Barthmann. Es muss sofort gehandelt werden. Es gilt heute in aller Offenheitlichkeit den Trennungsrückzug zu ziehen und uns als neue selbständige Partei zu konstituieren, entschlossen und einsatzbereit, geistig und einheitlich im Geist und Willen, mit klarem Programm, Zielen und Mitteln zusammengefasst nach den Interessen der sozialistischen Weltrevolution. Unser Programm und faktische Grundlage haben wir längst angeordnet, wir haben sie nur noch formell festzulegen. Wir haben und nicht als ein Neues zu schaffen. Die Massen wissen bereits, was wir sind und was wir wollen. Wir haben nur förmlich zu bestätigen, was wir längst sind, und unser Werk auf breiterer Grundlage fortzuführen. (Stürmischer Beifall.) Eine Resolution, die die Trennung von der U. S. P. und die Konstituierung als selbständige Partei fordert, wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Diese Resolution lautet:

Die U. S. P. ist zwar aus der allgemeinen Krise in der deutschen Sozialdemokratie hervorgegangen, in ihrer Zusammensetzung jedoch das Ergebnis der besonderen Gegenwart in der Kriegspolitik. Sie entstand durch Zusammenfluss verschiedenartiger Elemente, die weiter in den Gründlagen, noch in der Taktik übereinstimmen und in den offiziellen Instanzen überwiegend eine verhängnisvolle Scheinkombination verkörpern. Die Politik der U. S. P. war von Anbeginn niemals eine solche der sozialistischen Klarheit, des entschlossenen Klassenkampfes, des konsequenten Internationalismus, sondern nur eine solche der opportunistischen Verwirrenheit, der ängstlichen Kompromisse, der nationalen Neigungsträgkeit und so von Anfang an zur Aktionsunsicherheit verdammt.

Seit der Novemberrevolution hat sich die Habsucht und Unsicherheit dieser Politik bis zur völligen Prinzipienlosigkeit gesteigert. Obwohl die Mehrheitssozialisten schon am 9. November unzweckmäßig erklärten, dass sie eine sozialistisch-revolutionäre Politik auch künftig ablehnen würden, traten Vertreter der U. S. P. in das paritätische Kabinett ein. Sie haben damit der Bernitzburg und Verlängerung der Arbeitler- und Soldatenmassen starken Vorwurf geleistet, indem sie den Ebert-Scheidemann als Zeugenblatt dienten. Sie haben sich acht Wochen lang aller Verbrechen und Verklemmen der „sozialistischen“ Regierung, deren Ziel die Wiederherstellung und Erhaltung der kapitalistischen Massenherrschaft ist, durch Huldigung und offene Mithilfe misslich gemacht. Sie haben die Voraussetzungen für ein rapides Anwachsen der gegenrevolutionären Mächte geschaffen und in verdecktester Weise dazu beigetragen, die revolutionäre Kraft der Arbeiter zu schwächen.

Die offizielle Politik der U. S. P. hat zur Folge gehabt, dass die Mitglieder der U. S. P. in immer größerem Maße sich für

die bevorstehenden Wahlen mit der Mehrheitspartei verbünden und selbst völlig verschmelzen.

Aller Verluste, im Rahmen des Organisationstatuts eine Entscheidung und ein Urteil der Masse der Parteidynamik selbst über diese verdeckte Politik herbeizuführen, alle Bewährungen, die Einberufung eines Parteitages zu erzwingen, der eine proletarisch-revolutionäre Politik durchsetzen und ein Gericht über die kompromittierten Mitglieder der U. S. P. abhalten sollte, sind an dem Widerstand der Instanzen gescheitert, ein Ergebnis, das wiederum die Verzerrtheit und Aktionsunsicherheit der U. S. P. selbst bestätigt.

Damit ist ein Zustand eingetreten, der nicht länger ertragen werden kann. Die U. S. P. hat das Recht verwirkt, als Partei des kapitalistischen Klassenkampfes anerkannt zu werden.

Die revolutionäre Lage gebietet mehr als klare Entscheidung, unzweckmäßige Haltung, Loslösung von allen leichten und opportunistischen Elementen, Zusammenschluss aller ehrlich und entschlossen proletarisch-revolutionäre Kämpfer. Ein länger in der U. S. P. verweilende habe, die Pflichten gegen das Proletariat, den Sozialstaat und die Revolution aufs schwerste verloren.

Wir haben uns niemals irgendwelchen Illusionen über das Wesen der U. S. P. hingegeben, dieses Gelegenheitsprodukt des Weltkrieges, das mit dem Abschluss des Weltkrieges dem Verfall geweiht ist.

Nicht hat die Stunde geschlagen, in der alle proletarisch-revolutionäre Elemente der U. S. P. den Rücken lehnen müssen, um eine neue selbständige Partei mit klarem Programm, festem Ziel, einheitlicher Taktik, höchster revolutionärer Entschlossenheit und Tatkraft zu schaffen, als ein starkes Instrument zur Durchführung der beginnenden sozialen Revolution.

Zudem die Reichskonferenz des Spartakusbundes das kämpfende Proletariat aller Länder brüderlich begrüßt und zur gemeinsamen Tat der Weltrevolution aufruft, beschließt sie:

Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur U. S. P. konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige proletarische Partei unter dem Namen:

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Von einer Debatte wurde auf Beschluss der Versammlung abgesehen, da die Sitzung vom Tag zuvor ausreichende Gelegenheit dazu geboten hatte.

Hedert (Chemnitz) beantragt für die Partei den Namen: „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)“. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf begrüßt die Versammlung mit lebhafter Freude das Mitglied der russischen Rote-Republik Karl Radek, einen der sechs Abgeordneten der russischen Regierung an die deutsche Revolution.

Radek entrollte in grüßen, padgenden Sätzen das Bild der gewaltigen sozialistischen Arbeit der russischen Revolution, er zeichnete mit scharfen Strichen die internationale Lage der russischen und der deutschen Revolution und ihr gegenwärtiges Verhältnis. Die Rede, die einen Spur der Begeisterung einfielte, trug wir in ihren Umrissen noch noch.

Die Konferenz sandte folgendes Telegramm an die russische Sowjet-Republik:

„An die russische sozialistische Sowjet-Republik!

Die Reichskonferenz des Spartakusbundes, die hente die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet hat, sendet die aufrichtigsten Grüße der russischen Rote-Republik, den russischen Kämpfern gegen den gemeinsamen Feind der Unterdrückten aller Länder. Das Bewusstsein, das bei Euch alle Kräfte für uns schlagen, gibt uns in unserem Kampfe Kraft und Stärke. Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Weltrevolution!

Nachmittagsitzung.

Genosse Pieck eröffnete gegen 8 Uhr die Sitzung. Es wird vor Eintritt in die Tagesordnung die Abstimmung nachstehenden Teilegramms an die streitenden oberschlesischen Bergarbeiter beschlossen:

„Die heutige Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) sendet Euch zu Eurem Kampf den Aufruhr herzlicher Sympathie. Erst die Niederkämpfung des Kapitalismus und die Durchführung des Sozialismus werden die volle Befreiung des arbeitenden Volkes bedeuten. Im Kampf für diese Zukunft und im Kampf gegen die kapitalistische Regierung Ebert-Scheidemann, die Euch mit blauen Bohnen traktieren will, werdet Ihr uns immer an Eurer Seite finden. Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Weltrevolution!“

Sodann erhält Genosse Radek zu seinem Namen über die Stellung zu den Nationalsozialen. Ich habe keine leichte Aufgabe, erklärt er einleitend, wenn ich im Namen des Centralbundes für die Beteiligung an den Wahlen eintrete. Diese Situation haben wir sehr verschuldet. Unter dem Einfluss der Agitation gegen die Nationalversammlung ist die Frage zurückgetreten, wie wir uns verhalten, wenn die Entscheidung durch den Kabinettsitz für sie aussfällt. Ich möchte Sie dringend warnen, der durch die Agitation gegen die Nationalversammlung geschaffenen Stimmung nachzugeben. Die Frage der Wahlbeteiligung ist ernst und für die Entwicklung unserer Bewegung in den nächsten Monaten von entscheidender Bedeutung. Das Proletariat ist sich tief bewusst, dass nur auf dem Boden des Staates ist es zu einer wirklichen Machtübergabe zu kommen. Es ist weiter für uns eine Selbstverständlichkeit, dass nur in dieser Betätigung der für unsere gewaltigen Aufgaben nötige Geist und die Fähigkeiten entfaltet werden können. Wenn wir nur einen Moment hierüber im Zweifel gewesen wären, so hätten die Verhältnisse uns bald eines besseren belehrt. Die Nationalversammlung ist gebrochen als die Burg, die die Bourgeoisie aufbauen will, in

Die ganze Gesellschaft, die Ebert und seine Generale, sind wir, verlieren wollen. Sie wird der Kiser sein, an dem wir uns plärrenden Vorteile noch einmal festlegen wollen. Aber das alles sind wir uns vollkommen klar. Der Weg des Proletariats kann nur über die Leiche der Nationalversammlung laufen. Es ist auch kein Zweifel, daß in dieser Nationalversammlung die Vertreter des Proletariats in der Minderheit sein werden. Wir schlagen Ihnen trocken vor, in die Wahlen einzutreten (Sturmische Unterbrechungen) und sie durchzuspielen mit aller Erbitterung und Gewalt. Sie lieber in allen Kampfen einsturzhaft haben (Friedenskampf Vergeudung von Kräften). Ich verstehe diesen Standpunkt: die Nationalversammlung wird dieselbe Thematik weiteren, wie der Reichstag. Dabei versennen Sie aber völlig die tatsächliche Situation. Während der letzten Jahre haben Sie Arbeitgeber im Parlament und ihre Partei sich mehrfach in dem Gesamtkampf ihrer Vorteile für die Arbeiterschaft eingesetzt, denn wir hatten keine revolutionäre Epoche. Heute können selbst zwei Vertreter von uns ganz anders auftreten, denn hinter ihnen stehen draußen die kompaktbereiten Arbeiterschichten. (Lebhafte Auseinandersetzung: Daß bringen wir die Nationalversammlung nicht.) Wir müssen aber nicht nur den Kampf von außen gegen die unverrückte Adame führen, sondern auch von innen. Der Repräsentant legt noch einmal dar: die Nationalversammlung wird gewählt. Was können wir dagegen tun? Wir können sie auseinander treiben. Was wäre aber damit geschehen? Durch dieses Auseinandertreiben würde nicht die reale Macht der Bourgeoisie getrennt werden. Ein solcher Schritt hat nur dann Sinn, wenn wir — gestützt auf die Macht der ganzen Arbeiterschaft —, in demselben Moment die politische Herrschaft antreten könnten. Es gilt aber vorerst, durch die energische, rücksichtslose Führung des Kampfes die Teile des Proletariats, die uns noch fernstehen, zu uns herüberzuziehen und deshalb müssen wir in diese unverrückte Position des Kapitalismus eindringen. Auch in Russland haben sich die Bolschewiki an den Wahlen beteiligt, und erst als die Situation so wurde, daß die Nationalversammlung tatsächlich überholt war, haben sie die Nationalversammlung gelöschigt. Es scheint mit einer höchst rohe und äußerlich Ausschaffung zu sein, wenn man sich an einem Thymptum der Konturrevolution vergreift will und sie damit niederrütteln glaubt. Beobachten Sie aber die Möglichkeit, daß die Nationalversammlung monatlang das politische Leben Deutschlands beherrscht. Sie werden dann nicht verhindern können, daß selbst unsere Genossen ihre Blicke dorthin richten werden. Um sie wachzuhalten, um die indifferenten Massen zu gewinnen, müssen wir deshalb auch diese Tribune für uns ausnutzen. (Lebhafster Widerspruch.)

Genosse Preba schlägt vor, in der Aussprache mit jedem Redner für und einen gegen die Wahlbeteiligung zu Worte kommen zu lassen. Es wird so beschlossen.

In der Diskussion spricht als erster gegen die Wahlbeteiligung der Genosse Rühle-Pirna. Noch bis vor wenigen Tagen sei er der Meinung gewesen, daß die Frage der Wahlbeteiligung völlig indizierbar für uns sei. Gern hätten wir uns von einem Reichen, mit dem wir uns belastet hätten, bestellt und jetzt seien wir dabei, uns mit einem neuen zu bestimmen. 1914 hätten die Mehrheitssozialisten auch argumentiert, daß sie zwar gegen den Krieg seien, nachdem er aber ausgebrochen sei, könne man die Mittel für ihn nicht verteuern. Unsere Beteiligung würde als Bekennnis zur Nationalversammlung ausgelegt werden. Ein Beschluss für die Wahl wäre nicht nur blamabel, sondern selbstmörderisch. Wir würden nur helfen, die Revolution wieder von der Straße in die Parlamentshalle zu verlegen. Für uns kann es nur eine Aussage geben: Erfahrung der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte, und wenn man aus Angst vor den Massen die Nationalversammlung nach Schlesien verlegen, so würden wir eben eine neue Regierung in Berlin zu bilden haben (Lebhafster Beifall).

Genosse Luxemburg führt von lebhaftem Beifall begleitet, aus: Wir verstehen alle und schämen sehr hoch die Motive, aus denen heraus die Ansicht des Zentralvorstandes bekämpft wird. Die Freunde, die ich soeben ausgesprochen habe, ist jedoch nicht ungemein. Genossen, Ihr macht Euch Euren Radikalismus etwas sehr begreiflich. Wir müssen bei allem kürmischen Drängen nicht den erforderlichen Ernst und die enge Überlegung vermissen lassen. Das Beispiel Russlands hier anzuführen gegen die Wahlbeteiligung gehe nicht an. Als dort die Nationalversammlung aneinandergetrieben worden sei, da hätten die russischen Genossen schon die Regierung Trotski-Lenin. Wir haben noch Ebert-Ehrendamm. Das russische Proletariat hatte hinter sich eine lange Epoche revolutionärer Kämpfe. Wir stehen im Anfang der Revolution. Wir haben nichts hinter uns, als die elende halbe Revolution des 9. November. So müssen wir uns fragen, welcher Weg der Sicherheit ist, um die Massen zu erzielen. Der Optimismus des Genossen Rühle sei ja ganz schön, aber so weit sind wir noch nicht. Was ich bisher sehe, ist die Unreife der Massen, die zum Sturz der Nationalversammlung berufen sind. Wir müssen deshalb die Massen, die der Gegner gegen uns zu führen gedenkt, in seiner eigenen Hand umdrehen. Auf der einen Seite glauben sie, wie könnten schon in vierzehn Tagen die Nationalversammlung aneinanderzutragen und auf der anderen Seite befürchten sie die Folgen des Wahlganges. Ich fürchte mich nicht davor, die Massen dafür zu erziehen, daß sie die Motive unserer Wahlbeteiligung richtig würdigen. Ihre Tatkraft ist zwar die einfachste und beweisbare, unsere Taktik rechnet aber einen längeren Weg. Die Agitation ist auf der Straße. Sie soll überall zur Herrschaft und zum Triumph kommen. Wir wollen zur Unterstützung dieses Kampfes auch noch die Tribune der Nationalversammlung. (Schwarzer Beifall.)

Genosse Gottschalk-Berlin vertritt Resolutionen, die in zwei Berliner Bezirken angenommen worden sind und die sich energisch gegen eine Wahlbeteiligung aussprechen. Genosse Dünzer erklärt, für sie sei die Frage keine prinzipielle, sondern eine taktische. Sie vergleicht die Haltung

der Gegner der Wahlbeteiligung mit der von Kindern, die eine unreife Ausspe aufzubrechen. Gerade die Frauen, die zum erstenmal wählen sollen, würden unsere Wahlteilnahme nicht verstehen. Genosse Leviné - Neuflöß - befürchtet durch eine Wahlbeteiligung die Ablenkung von brennenderen Aufgaben: dem Abbau des Betriebsratsystems. Genosse Heckert - Chemnitz weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie für das gleiche Wahlrecht gekämpft habe. Deshalb sei es auch hier in Deutschland nötig, daß das Proletariat erst durch eigene Erfahrungslug werden. Er tritt deshalb und wegen der Konsequenzen, die sich aus der Wahlbeteiligung auch für Kommunalwahlen ergeben, für die Wahlbeteiligung ein. Genosse Neumann - Dresden tritt der Genossen Dünzer entgegen. Durch die jüngsten Lehren des Krieges seien auch die proletarischen Fronten von dem Glauben an den Parlamentarismus entfremdet. Genosse Nord-Duisburg bittet die Stimmlinge hier nicht mit der Stimme draußen zu verwechseln. Er empfiehlt, unseren Genossen die Abgabe von Stimmenthalten mit den Namen Liebknecht und Luxemburg zu empfehlen. Damit würde verhindert, daß diejenigen, die innerlich schon zu uns stehen, sich als Stimmlinge für die Scheidemänner und Unabhängigen missbrauchen lassen. Genosse Liebknecht - Wilhelmshaven sagt, durch die Wahlbeteiligung vereinten wir die Genossen, die zu uns gehören und gewinnen niemand. Die denströgen Massen werden erst wieder zur Einsicht kommen durch die Vorfälle, die die Nationalversammlung dem Proletariat erteilen wird. Dann würde sie aber auch den Glauben an uns verloren haben, wenn wir uns an der Nationalversammlung beteiligt hätten. Kind - Magdeburg erklärt, daß seine Genossen für die Beteiligung seien. Schubert - Charlottenburg weist darauf hin, daß Genosse Liebknecht selbst die Notwendigkeit klarer Parolen betont habe. Ebert - Braunschweig macht darauf aufmerksam, daß sich ihre Genossen bereits an den Landtagswahlen beteiligt hätten. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt. Es treten dann noch Meyer - Berlin für und Rieger - Berlin gegen die Wahlbeteiligung ein. Ein neuer Antrag auf Schluß der Debatte findet Annahme. Nach langer Geschäftsführungsdebatte wird jedoch beschlossen, noch einige Vertreter nicht zu Worte gekommenen Bezirke zu hören. Genosse Widmann - Frankfurt a. M. fordert auf, in alle gegenseitigen Wahlversammlungen zu gehen und fordert dazu Gestellung von Rednern. Genosse Liebknecht weist noch einmal darauf hin, daß in der Sothe selbst keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. Glauben Sie nicht, daß es uns darum ankommt, irgendwelchen politischen Vorteil aus der Wahlbeteiligung zu ziehen. Und glauben Sie nicht, daß wir es über uns bringen könnten, etwas zu befürworten, was der revolutionären Energie des Proletariats Widerstand tun könnte. Und trotzdem glauben wir, wir können das eine tun und brauchen deshalb das andere nicht zu lassen. War aber unsere parlamentarische Tätigkeit selbst im Reichstage gänzlich wertlos? In der Nationalversammlung könnte eine kleine Schar von uns durch Obstruktion die Arbeit, die dort zum Schaden des Proletariats geleistet wird, wesentlich beeinträchtigen und brauchen die Massen aufzuturnen helfen. Diese Auseinandersetzungen tritt die Genossen Wölffstein - Düsseldorf entgegen. Sie empfiehlt den Kampf gegen die Nationalversammlung durch politische Massenstreiks und erinnert damit lebhaften Beifall. Genosse Minster - Mühlheim erklärt, wie wir heute vormittag einen Beschluß gefaßt haben, der zu früh gekommen sei, seien wir jetzt dabei, einen Beschluß zu fassen, der zu spät kommt. Im dortigen Bezirk seien die Genossen bereits dabei, Kandidaten aufzustellen. Genosse Löw - München plädiert als letzter nochmals gegen die Wahlbeteiligung. Im Schlusswort erklärt Genosse Ebert, daß ihn die Diskussion, von der er mehr erwartet hätte, nicht von seinem Standpunkt abgebracht habe. Die Abstimmung ergibt, daß die Wahlbeteiligung mit 62 gegen 28 Stimmen abgelehnt wird.

Genosse Becker von der Gruppe der Internationalen Kommunisten Deutschlands teilt mit, daß nach Verhandlungen einer Kommission ihrer Gruppe mit dem Zentralvorstand des Spartakusbundes sie beschlossen hätten, sich mit uns zu vereinen. Genosse Meyer begrüßt im Namen des Zentralvorstandes die Genossen, mit denen der Spartakusbund ja schon während der ganzen Kriegszeit gemeinsam gewirkt hätte.

Genosse Krämer erstattet den Bericht der Mandatoprüfungskommission. Es sind auf der Konferenz 46 Orte durch 93 Delegierte vertreten. Gegen ein Berliner Mandat liegt ein Protest vor, der noch nicht erledigt sei. Der Rote Soldatenbund sei durch drei Mitglieder vertreten, die Jugend durch einen Delegierten. Befürderer aus dem Reiche sind sechzehn anwesend.

Befürderer sind von Berlin die Bezirke 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, ferner Bremen, Bentheim, Brandenburg, Bismarckhütte, Chemnitz, Cottbus, Dortmund, Duisburg, Dresden, Dissen, Düsseldorf, Danzig-Thra, Danzig, Essen, Erfurt, Elberfeld, Frankfurt a. M., Görlitz, Hanau, Halle, Herne i. W., Jena, Köln-Chorfeld, Köln-Nippes, Königsberg i. Pr., Lübeck, Leipzig, Leipziger-Ennepetal, Münster i. E., Magdeburg, München, Nürnberg, Pirna, Reichenberg, Ralchen, Remscheid, Spandau, Stettin, Stuttgart, Wülfrath a. R., Braunschweig, Breslau, Triesdorf, Werder, Wismar, Wismar.

Politische Übersicht.

König Ebert.

Nun die Reichsregierung, wie der "Vorwärts" ausnahm mitteilt, "doch endlich freie Wahl hat", kommen all die schönen Pläne aus freie Lüfte. Sie bisher im zarten Busen der verschlafenen Interessenten bewohnt wurden.

Ähnlichlich Herrn Eberts Traum wird der Leiter des Gesamt-

"An die Spitze der Deutschen Republik soll ein vom Volke gewählter Präsident treten. Es ist noch nicht entschieden, ob dieser Präsident nach dem System der absoluten oder der relativen Mehrheit gewählt werden soll. Der Präsident soll eine Stellung haben,

die zwischen der des amerikanischen Präsidenten und des englischen Königs steht."

Also nicht ganz; nur so halb und haß möchte Herr Ebert den englischen König einführen.

Vielleicht wird aber Herr Ebert doch noch der Soze überhoben, sich die Krone ans Haupt setzen zu müssen. Die Revolution ist einziges Ding; sie führt die schärfsten Auseinandersetzungen. Willhelm von Hohenzollern hat auch anderes gerednet, als es nachher geschehen ist.

Der Warnruf vor dem Bolschewismus.

Ein Reichsdeutscher aus Russland schreibt uns:

Der "Vorwärts" vom 29. Dezember 1919, 1. Beilage, enthält einen Aufsatz mit der Überschrift: "Warnruf vor dem Bolschewismus" unterzeichnet mit "Die als Russland zurückkehrenden Meißnerdeutschen". Zu der Unterschrift bemerkt ich, daß dies keineswegs eine Überschrift ist, welche nur gezeichnet ist, sondern eine handschriftliche Überschrift mit "Die als Russland zurückkehrenden Meißnerdeutschen". Zu der Unterschrift bemerkt ich, daß dies keineswegs eine Überschrift ist, welche nur gezeichnet ist, sondern eine handschriftliche Überschrift mit "Die als Russland zurückkehrenden Meißnerdeutschen".

Die übrige Seite in der Beurteilung politischer Ereignisse, wenn sie die Schule an der Kritik, die Kritik durchmacht, der Kriegsergebnisse aufschreibt, zeigt die wahren Schuldigen die russische Bourgeoisie, welche böswillige Sabotage getrieben hat und treibt die Entente, welche einen Angriff gegen Russland voranstaltet hat, und nicht arbeitet das imperialistische Deutschland sind, das verschweigen die Verfasser des Auftrages.

Eberts Blutbad in Oberösterreich.

Die bürgerliche Presse berichtet, daß die Bergarbeiter noch immer streiken und die Verwaltung zwingen wollen, sie zu unstilligen Fortbewegungen zu bewilligen. Mit Verdrückung wird festgestellt, daß am Sonnabend und Sonntag zum Schutz der Werke starke Truppenabteilungen in den einzelnen Orten eingetroffen sind. — Die "Vossische Zeitung" ist unter der Überschrift "Bolschewismus in Oberösterreich" u. a. mit:

„In Friedensgrube kam es am Sonnabend zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden Bergleuten und dem Betriebsdirektor Busch. Busch verhandelte mit den Bergleuten, wurde jedoch von den Streikenden festgenommen, die ihm seinen Stabler, den er zu seiner persönlichen Sicherheit bei sich trug, wegnehmen, und gezwungen, die Unterschrift unter die Bedingungen der Bergleute zu legen. Misshandlung: v. La-

men hier nicht vor.“

Die „schweren Auseinandersetzungen“ bestanden also darin, daß man dem Herrn Direktor den Revolver wegnahm, sonst „wurden Misshandlungen hier nicht vor“. Ein klassisches Beispiel, wie die verlogene Stimmungsmache getrieben wird. Daselbe Blatt berichtet:

„Am Sonnabend abend ist es in Linz zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden Bergleuten und dem Betriebsdirektor Busch. Busch verhandelte mit den Bergleuten, wurde jedoch von den Streikenden festgenommen, die ihm seinen Stabler, den er zu seiner persönlichen Sicherheit bei sich trug, wegnehmen, und gezwungen, die Unterschrift unter die Bedingungen der Bergleute zu legen. Misshandlung: v. La-

men hier nicht vor.“

Selbst nach der Darstellung des Kapitalistendiktates gab es also die Toten und Verwundeten lediglich auf Seiten der Arbeitnehmer, nicht auf der Seite der Soldaten. Man kann sich also daraus ein Bild machen, wie die „Zusammenstoß“ stattgefunden haben, offenbar so, wie Anfang Dezember in der Chausseestraße zu Berlin. Bald wird in Berlin aus Proletarien geschossen, dann im Wahlbezirk, dann in Oberösterreich — und alles in der „sozialistischen“ Republik Deutschland unter dem Kapital bissigwilligen Regierung Ebert-Scheidemann, unter dem Arbeiterblut, das dort vergossen wird, die Arbeitnehmer, die dort geopfert werden, das wird dem arbeitenden Volke die Augen über die Herrschaft der Oberklasse öffnen. Je größer deren Brutalität, desto rascher ihr Ende.

Die "Telegraphen-Union" gibt unter dem 20. Dezember folgende Nachricht:

„Auf dem Wilhelmplatz versammelten sich gestern nachmittag eine große Anzahl Personen, welche der einberufenen Spartakusversammlung beizutreten wünschten. Es wurden Straßen gehalten und siedelten unter Vorantragen einer roten Fahne ein Umzug voran. Die Hauptteilnehmer waren Spartakisten, sowie habschwächige Bürgertum und Simber. Ein Berliner Student hielt eine Ansprache, die bis gegen 4 Uhr dauerte. Gegen 5 Uhr begann sich der Zug nach dem Theater, wo auf der Freitreppe des Berliner Spartakus große abermals eine Menge hielt. Ein Zeichner an der Versammlung erklärte sich den Bubenfreund, in das Theater zu laufen und in den Saal während der Vorstellung „Teut“ zu rufen. Es entstand eine kleine Panik, die sich übertrug. Die Menge verlor sich schließlich sehr rasch. Man hörte vereinzelt Schüsse auf die Sicherheitsmaßnahmen waren in Stationen allenfalls getroffen.“

Also „Neugierige, halbwüchsige Burschen und Kinder“ waren es in der Hauptstadt, und gegen sie schickte Ebert große Truppenaufgebote!

Gewerkschaftliches und Soziales.

Sozialbewegung der Scheiblerschen Angestellten.

Die Angestellten der Firma August Scheibler (Abteilung Berliner Werbeschub) sind in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Gehälter eingetreten. Scheiblers Werbeschub-Verlag gehörte zu den einträglichsten Unternehmen, gleichzeitig aber auch zu den am meiste Gehältern zahlenden. Heute noch zahlt der Verlag verdeckten männlichen Angestellten Gehälter von 185 M. monatlich! Angestellte, die 22 Jahre im Hause sind, bezahlen noch Gehälter von 200 bis 225 Mark monatlich. In der ganzen Abteilung ist bis heute kein Gehälter, der auch nur das Gehalt von 400 M. monatlich erreicht. Das Durchschnittsgehalt bleibt weit unter 200 M. obwohl es sich fast durchweg um Jahre lang dienstbare, einsatzfähige Arbeiter handelt. Die Diäte ist bekanntlich als Höchstgehalt pro Tag 5 M. 30 M. die Woche. Während des ganzen Krieges hat die Firma im Durchschnitt 22% Prozent Leistungszulagen gegeben. Demgegenüber sind die Forderungen der Angestellten bürgerlich bedeckt. Sie erstreben sich auf eine eintägige Entschädigungsbefreiung von 300 bis 300 M. auf die Zahlung einer Leistungszulage von 50 Prozent bei Gehältern unter 200 M. bis 25 Prozent bei Gehältern über 300 M., oder eben mit einer Dienstleistungs-Zulage von 10 M. monatlich gefordert.

Die Angestellten haben der Firma für die Bevollmächtigung ihrer Forderungen eine Frist bis zum 31. Dezember gestellt.

Hungerlöhne im Malergewerbe.

Zwei in seiner Branche bestehende beratige Löhne wie im Malergewerbe. Alle Kollegen, die jetzt aus dem Felde zurückgekommen sind, werden entgütigt sein über die „herrlichen“ Befreiungen in unserem Berufe. Haben wir doch den horrenden Tariflohn von 1,40 Mark pro Stunde für geringe Maler.

Auf meine Anfrage an die Gewerkschaftsbeamten unseres Berufes, wie man mit solchen Hungerlöhnen eine Komplikation bringt, soll man vor, mit keine Antwort zu geben. Keine Antwort ist auch eine. Selbstfalls hat man dort gedacht, wir, die Herren Gewerkschaftsbeamten, haben ja mehr; zu was sollen wir uns entscheiden? Gebrechen. Von der Seite werden wir also wohl keine Hilfe zu erwarten haben.

Ich frage der Kollegen, wie lange wir noch zu schändlichen, zu jämmerlichen Löhnen ertragen wollen?

Abgesehen davon, daß es doch absolut unmöglich ist, von dem steigenden Verdienst auch nur den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten, so muß man sich auch schämen, überhaupt jemand zu erzählen, was man als Mäder verdient. Man wird ja ausgeschaut von jedem Laufburschen, von jeder Scherensfrau, Kollegen, so kann das nicht weitergehen!

Sagt nicht, es sei jetzt keine Konjunktur oder kein Material vorhanden. Zurzeit hat die Stadt Berlin eine Menge Materialarbeiten durch Monopoliierung von Schienen usw. in Angriff nehmen lassen. Dieses nötigt, daß wir städtische Arbeiten für Dingerlöhne verrichten?

Und dann, warum lassen die Haushalte die durchweg stark eingewohnten Wohnungen nicht renovieren? Während das ganze Krieges ist doch nichts gemacht worden. Hier sollten und die Mietet unterstehen, indem sie die Wirth drängen, die Wohnungen machen zu lassen. Die Ausgabe „es gibt keine Mäder“, war den Herrn Hauswirten während des Krieges sehr begrenzt. Jetzt gibt es Materie genug. Und Material ist auch nicht so knapp, wie es immer hingestellt wird. Schlemmende und Seim ist schon vorhanden. Dann könnten doch wenigstens zunächst mal alle notwendigen Leinwandarbeiten in Angriff genommen werden. Und wenn die Haushalte nicht wollen, so müssen sie dazu gezwungen werden; denn mit dem Steiger der Mieten sind sie sehr schnell bei der Hand. Von einer sozialistischen Regierung müssen wir fordern, daß sie uns in dieser Sicht unterstellt. Aber dazu ist notwendig, daß wir uns rütteln, daß wir in unsere Forderungen mit Nachdruck erheben. Es ist soviel Arbeit, daß es arbeitslose Mäder jetzt gar nicht geben dürfte.

Und in der Lohnfrage sind wir uns wohl alle einig, daß es so nicht weitergehen kann:

Soziale Erinnerung einer großen öffentlichen Mäderversammlung, damit wir Gelegenheit bekommen, uns über unsere erwartliche Lage schlüssig zu werden.

Kollegen, sieht nicht zurück hinter den Scherensfrauen, den Gastwirtschaften, den Kaufmannschaften Angestellten. Das sind alles Arbeiterkategorien, die sich im Gegenzug zu früher, darauf befreien haben, daß durch kriegerische Aktion der vereinten Arbeitermessen sehr viel zu erreichen ist. Deshalb:

Kollegen erwach! Wir sind zurzeit die rückständigste Arbeiterkategorie.

Über vier Jahre haben wir umsonst geschuftet, während unsere Freunde und Kinder gedacht haben.

Jetzt sind wir wieder hier, jetzt soll und muß es anders werden.

Geht für Massenbesuch der kommenden öffentlichen Mäderversammlung, die umgehend einberufen werden muß.

Über die Zustände bei der Hochbahn

wird uns geschriften:

Es ist ein Elend, wie die Hochbahn mit ihren Fahrgästen umspringt. Erst stellt man sich zu verkehrsstreichen Zeiten am Schalter nach einer Fahrkarte um, da nur ein Schalter geöffnet ist und sich zahlreiche Billettärger angehäuft haben, dann steht man an der Sperrte an, bis man zum Billettkauf daran kommt, und schließlich wartet man auf einen solchen Zug, in dem wenigstens noch Platz ist, daß man in sicherster Ordnung keiner zerdrückt wird.

Und das alles wegen des Projektes der Hochbahn-Aktionäre. Dazu werden in den verkehrsstreichen Stunden selbst an den meistbenutzten Bahnhöfen nicht alle Schalter geöffnet, darum werden nicht alle Sperre aufgehoben. Arbeitskräfte dazu gäbe es genug!

Man muß sich wundern, daß die Angestellten und Arbeiter, die morgens nach ihrer Arbeitsschicht fahren, sich alles dies gefallen lassen und sich nicht selbst helfen. Denn die Hochbahn ist eine Verkehrs einrichtung, die sich nach den Bedürfnissen des Publikums zu richten hat.

Arbeiterräte.

Die nächste Vollzügung der Arbeiterräte wird vorausichtlich in der 2. Woche des Januar stattfinden, da die Mandatserneuerungskommission ihre Arbeit nicht früher erledigen kann.

Die Haushalter hielten am Sonntag eine Versammlung im Zirkus Busch ab. Der Stadtbewohner Bissing protestierte gegen den Ausschluß der Haushalter aus den Arbeiterräten und erklärte, die Haushalter wollten sich nicht ausschließen lassen. Die Sozialisierung des Haushaltens würde unbedingt zu einer Verbesserung des Mietens und schließlich zu einem Wohnungsmangel führen. Der frühere Landtagsabgeordnete Dr. Brett erklärte, daß die Haushalter sich auf den Boden der Tatsachen stellen, aber von der neuen Regierung fordern müssen Sicherung nach außen, Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern, Recht für das Bürgerium und die Haushalter, sich frei zu betätigen, und Aufrechterhaltung des Privat eignentums und der Privatfreiheit. Eine dementsprechende Entscheidung wurde noch längerer Debatte angenommen.

Die Kohlenstelle Groß-Berlin schreibt: "Trotz der infolge der Kohlennot allgemein erkannte Notwendigkeit der Einschränkungen im Verbrauch von Gas und elektrischem Strom wird noch immer von einem großen Teil der Vergnügungsstätten zu Tanz und Billardspielen und anderen Vergnügungen die ganze Nacht hindurch bis in die frühen Morgenstunden Gas und elektrischer Strom verbraucht. Die Inhaber und Besucher dieser Lokale sollten sich darüber klar sein, daß durch diesen ungültigen Verbrauch von Strom die Arbeitsmöglichkeit in industriellen Betrieben infolge des schwelenden Stromes beeinträchtigt wird und daß durch ihr Leichterwerb Verhältnisse Arbeitnehmer verschwunden werden. Die zuständigen Behörden sind daher entschlossen, dieser ernsten Gefahr entgegenzuwirken durch Abschneidung des Stromes in solchen Fällen, die ohne Rücksicht auf die Not der Zeit die bestehenden Vorschriften überstreiten. Es wird jedoch von den be

teiligten Kreisen erwartet, daß sie so viel Einsicht und Selbstzucht besitzen, um es nicht zu diesen Zwangsmassnahmen kommen zu lassen."

Arbeiter-Turn-Verein Pankow (M. b. A. T. V.) turnt jetzt in der Turnhalle des Realgymnasiums, Rosingstr. 12. Die Turnzeiten sind für Damen, Jugend und Männer vorläufig noch Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr. Sport- und Turnfreunde sind zu den Übungsfunden des Vereins herzlich willkommen.

Versammlungs-Kalender.

1. Januar.

Spartakusbund (Montag) 3. Bezirk. Am 1. Januar findet im Stadttheater Alt-Moabit eine große öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Karl Liebknecht spricht über die Aufgaben des revolutionären Proletariats im neuen Jahre.

Spartakusbund, 16. Bezirk (Lichtenberg-Friedrichsfelde). Die Genossen, die sich zur Beteiligung an der Agitation für Friedrichsfeld-Karlshorst gemeldet haben, werden gebeten, sich am 1. Januar, abends 10 Uhr, bei dem Gen. Kosch, Friedrichsfelde, Prinzen-Allee 55, Posttorre, zu melden.

2. Januar:

Spartakusanhänger Nieder-Schönhausen. Zusammenkunft großer Organisation am Donnerstag, dem 2. Januar, abends 7 Uhr, bei Rettig, Kleiner Saal, Blankenburger Straße 4. Der Bezirkssitz ausstehend.

3. Januar:

Freie Jugend „Sibot“. Am Freitag, dem 3. Januar, abends 7 Uhr, findet im Lokal von „Burchard“, Görlitzer Str. 52, eine Versammlung mit Vortrag statt.

5. Januar:

Pankow. Sonntag, den 5. Januar, 10 Uhr vormittags, im Fürsten, Berliner Straße 102, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Revolution und die Nationalversammlung. 2. Freie Aussprache. Referent: Karl Liebknecht. Genossen, Vertreter, erheben in Massen. Der Bezirkssitz ausstehend.

Inserat erfolgt
heute 2 Uhr

Abgeordnetenhaus, Zimmer 17.

Groß-Berlin.

Kommunalpolitik.

Diesjährigen Genossen Groß-Berlins, die in einer Kommunalverwaltung tätig sind (A.- und S.-Räte) werden zu einer Zusammenkunft am Sonntag, dem 5. Januar, abends 10 Uhr, eingeladen. Zutritt haben nur legitimierte Parteimitglieder. Das Lokal ist bei der Zentralstelle des Spartakusbundes, Friedrichstraße 21, zu erfragen!

Arbeiter, sammelt für den Kampffonds des Spartakusbundes!

Warschauer Konzert-Hallen

Berlin, Warschauer Straße 31 (am Bahnhof Warschauer Brücke).

Täglich: Künstler-Unterhaltungs-Konzert

unter Mitwirkung des Violinvirtuosen Horst Jung.

Anfang: Wochentags 6 Uhr. Sonntags 4 Uhr. Eintritt frei.

Warme Küche. Kaffee auch in Kannen. Bekleidete Getränke.

Adlershof!

Am Freitag, d. 3. Januar 1919, abends 8 Uhr,

Mitgliederversammlung

bei Böhlstein, Bismarckstr.

Tagesordnung:

Das will d. Spartakusbund?

Referent:

Christel Wurm.

Freie Aussprache.

Der Elberater.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.: Amt Moritzplatz, 10628, 2578. Büro: Rungestraße 20.

Rüben-Einrichtung
tadeln. Sosa-Umbau, schwärzchen, großer Ausziehlich, brauneichen, 4 helle Stühle und Bilder zu verkaufen. Rungestraße 10, parterre.

Straßen-Verkäufer!

Sensationelle

Flugschrift

Dackeler Inhalt
Kolossal-Ablauf
Söhlener-Artikel
„Glühende Sänge“.
Ausgabe für Straßenverkäufer
Dienstag, 31. Dezember 1918
Carl Hansen, Chausseest. 36.

Achtung!

Strassenhändler vom Wedding.

„Rote Fahne“ zu haben bei
Spedition Mewa, Genter
Straße 28.

Spedition
der „Roten Fahne“:
Hugo Geister,
Welkensee,
Gustav-Wohl-Straße 24 a.

Braunschweig.

Die Geschäftleitung des
Spartakusbundes ist dem Ge-
nossen Rudolf Sachs, Süds-
straße 6/7, übertragen. Be-
stellungen auf die „Rote Fahne“
werden dort entgegengenom-
men. Zeitschriften des Spartakus-
bundes, sowie sämtliches Agi-
tationsmaterial ist dort er-
hältlich. Parteigenossen, werdet
für den Spartakusbund.

Kommunistische Partei
Deutschlands
(Spartakusbund)
Ortsgruppe Braunschweig.

Achtung! Soldaten!

Die Geschäftsräume des „Roten Soldatenbundes“

befinden sich jetzt
Berlin SW. 48,
Besselsstraße 14, Hof parterre.

Deutsche Versammlung

für
Friedrichsfelde-Karlshorst

am Freitag, dem 3. Januar 1919, abends 7 Uhr, im
Lokal von Fritz Haberland, Friedrichsfelde, Wilhelmstr. 38.

Dr. Ernst Meier:

Was will der Spartakusbund?

Bekanntmachung:

Bezirk 6: Jeden 1. Donnerstag im Monat Gruppen-
abend in unten angegebene Lokale. Jeden 3. Donner-
tag im Monat Mitglieder-Veranstaltung („Prälaturen“,
Weihensee). Jeden Freitag Funktionär-Sitzung 8 Uhr
(„Prälaturen“, Weihensee).

1. Gruppe: Zwischen Greifswalder Str. und Brei-
sauer Str., von Landsberger Tor und Königstor bis Ring-
bahnhof Weihensee und Prenzlauer Allee. Lokal: Johann
Vorwerk, Ullsteinstr. 38.

2. Gruppe: Zwischen Greifswalder Str. und Brei-
sauer Str., von Königstor und Prenzlauer Tor bis Ring-
bahnhof Weihensee und Prenzlauer Allee. Lokal: Friedrich
Lanke, Binsfeld 12.

3. Gruppe: Weihensee, zwischen Rödelstr. und Lichten-
berg resp. Hohen-Schönhausen. Lokal: W. Mack, Sedanstr. 48

4. Gruppe: Das übrige Weihensee und Heinersdorf.
Lokal: Karl Röse, Generalstr. 98.

5. Gruppe: Hohen-Schönhausen. Lokal: O. Mar-
quardt, Berliner Str. 85. 8 Uhr. Leser der „Roten Fahne“
eingeladen.

Bezirk 5. 1. Gruppe: Alle Genossen, welche sich
in die Liste am 28. d. M. hinzutragen lassen, werden
gebeten, Dienstag, den 31. Dezember 1918, sich um 7 Uhr
im Lokal zum Strahl, Pappelallee 25, zwangs einer kleinen
Befreiung einzufinden.

Der Obmann.

Spartakusanhänger Nieder-Schönhausen.

Zusammenkunft zwecks Organisation am Donnerstag,
dem 2. Januar, abends 7 Uhr, bei Rettig, Kleiner
Saal, Blankenburger Straße 4.

Der Bezirkssitz.

An das Postamt:

Name:

Wohnort:

Stadt:

An das nächste Postamt schicken.

Bestellschein.

Sie abonnieren hiermit auf die täglich erscheinende
Zeitung

zum Monatspreise von 1.50 M. und wünsche freie
Ausstellung ins Haus.

Name: _____

Wohnort: _____

Stadt: _____